

Eckart Mehls

Zur Arbeit der russländisch-polnischen Gruppe zu schwierigen Problemen der Geschichte russländisch-polnischer Beziehungen und den bisherigen Ergebnissen ihres Wirkens

Vortrag in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften am 13. Oktober 2011

Vor Jahren, unmittelbar vor einer wichtigen Dienstreise nach Warschau als Direktor für internationale Beziehungen der Humboldt-Universität zu Berlin, gab mir der damalige Inhaber des Lehrstuhls für Polonistik, Prof. Dr. Alois Hermann, während eines längeren vorbereitenden Gesprächs abschließend den Hinweis mit auf den Weg: „Denke bei jedem Gespräch mit Deinen polnischen Partnern daran, dass neben Euch immer ein Dritter am Tisch sitzt: die Geschichte!“

Dass dem so war, habe ich oft, nicht nur in der langjährigen Kooperation mit den polnischen Partnern der Humboldt-Universität, erfahren und bestätigt erhalten. Und auch meine spätere Tätigkeit am Bereich für Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität hat mir vielfach Gelegenheit gegeben, der Frage nach der Rolle der Geschichte und insbesondere der Geschichte der Staaten- und Völkerbeziehungen für den aktuellen Stand der Beziehungen nachzugehen.

Auf die Geschichte bezogene und aus ihr abgeleitete Stereotype, Legenden und Mythen bilden seit alters her einen mehr oder weniger bewussten, nichtsdestoweniger jedoch wirksamen Bestandteil des kollektiven Bewusstseins der Völker, sei es die über lange Zeiträume hinweg existente deutsche Formel vom „Erbfeind Frankreich“, sei es die das polnische Nationalbewusstsein in starkem Maße prägende „Rolle Polens als Bollwerk (des christlichen) Europas“ gegen das barbarische Asien¹, um nur zwei Beispiele zu nennen. Eine etwas tiefer gehende Sicht hierauf würde uns schnell auf das sehr weite Feld der *Geschichtspolitik* führen. Dies weiter zu beschreiten, würde jedoch den von mir gewählten Rahmen sprengen, so dass mir lediglich ei-

1 Vgl. dazu Tazbir, Janusz: *Polska przedmurzem Europy*. Warszawa 2004

nige sehr verkürzte einführende Bemerkungen im Zusammenhang mit dem von mir gewählten Vortragsthema gestattet sein mögen.

In ihrer Einführung zu dem 2008 erschienenen Sammelband mit den Vorträgen einer im Februar desselben Jahres zum Thema „Geschichtspolitik und demokratische Kultur“ von der Friedrich Ebert-Stiftung durchgeführten Vortragsveranstaltung heißt es bei Beatrix Bouvier und Michael Schneider: „Das Thema »Geschichtspolitik« erlebt in den letzten Jahren einen Boom. Dabei herrscht inzwischen weitgehend Einigkeit über das, was Geschichtspolitik eigentlich ist. Gemeint ist die bewusste Förderung der Erinnerung an bestimmte historische Ereignisse, Prozesse oder Personen in politischer Absicht und zu politischen Zwecken“². Und in seiner profunden Untersuchung der Rolle der Geschichtspolitik in der deutschen Geschichte aus dem Jahre 2001 befindet Edgar Wolfrum: „Die Geschichtswissenschaft besitzt kein Monopol auf Geschichte und Erinnerung. Geschichte wurde und wird als Waffe, als politisches Kampfmittel gegen innere und äußere Gegner eingesetzt. Seit einigen Jahren widmet sich die Forschung verstärkt diesem Thema. Geschichte – oder die Konstruktion von Vergangenheit – ist offenbar eine geeignete Mobilisierungsressource im politischen Kampf um Einfluss und Macht. Sie kann als Bindemittel dienen, um nationale, soziale oder andere Gruppen zu integrieren. Sie kann ausgrenzen, Gegner diffamieren und gleichzeitig das eigene Handeln legitimieren. Will man diese Mechanismen näher betrachten, so empfiehlt es sich, vielfältige Formen der Geschichtspräsentation zu untersuchen, die von der Produktion von Mythen und Nationalhelden bis hin zur Sinnstiftung durch Museen und Denkmäler reichen.“³

Im Zusammenhang mit dieser in jüngerer Zeit verstärkt zu beobachtenden „Politisierung der Geschichte“ verweist der russische Historiker Nikolaj I. Bucharin darauf, dass aus seiner Sicht in den letzten Jahren auch in der Außenpolitik der Staaten die Geschichtspolitik einen immer größeren Platz einzunehmen begonnen hat. „Die Staaten“, führt er, sicher gerade mit dem Blick auf Probleme des russisch-polnischen Verhältnisses im Jahr 2010, aus, „erheben immer häufiger gegenüber anderen Ländern historisch begründete Ansprüche, insbesondere in Zeiten der Verschlechterung ihres beidseitigen Verhältnisses. Ansprüche dieser Art beeinflussen die bilateralen politischen

2 Bouvier, Beatrix / Schneider, Michael: Geschichtspolitik und demokratische Kultur: Einleitende Überlegungen. In: Dieselben (Hg.): Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektiven. Bonn 2008. S. 7.

3 Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung. Göttingen 2001. S. 5 f.

Beziehungen negativ, sie führen zu deren Ideologisierung. Die bewusste Ausnutzung eines durch einen Nachbarstaat verübten Unrechts durch die politische Klasse eines Staates im Interesse der eigenen innen- oder außenpolitischen Ziele bewirkt, dass auch jener in der Geschichte der gegenseitigen Beziehungen nach Ereignissen sucht, die zur Ausführung eines Gegenstoßes geeignet sein könnten. Das Streben nach Ausnutzung dieser oder jener Ebenen des nationalen Gedächtnisses des eigenen Volkes gegen den Nachbarn stachelt gegenseitige Feindschaft an. Die Vergangenheit in den Händen von Politikern führt nicht selten zur Konfrontation und nicht zum Sich-Lossagen von dem, was in der Vergangenheit schlecht war.... Solange die Politiker nicht auf diese Art negativen Verhaltens verzichten, solange ist es schwer zu erwarten, dass das nachbarschaftliche Verhältnis sich normal gestaltet.“⁴

Dass Fragen der Geschichte in den Beziehungen Polen – Russland/UdSSR eine besonders gravierende Rolle spielen, kann als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. In welcher territorialen und politischen Gestalt Polen und Russland auch immer aufeinander trafen, es standen sich immer zwei gegensätzliche Kulturen, das „abendländische Europa“ und der „euroasiatische Raum“ mit völlig unterschiedlichen religiösen und kulturellen Traditionen gegenüber. Seit dem ausgehenden Mittelalter waren die Beziehungen geprägt von teilweise erbitterten Auseinandersetzungen um Territorien, politischen Einfluss und regionale Dominanz.

Weit über den Rahmen Russlands hinaus erlangten die Verse Alexander Puschkins aus seinem 1831 geschriebenen Gedicht „Den Verleumdern Russlands“ über die russisch-polnischen Konflikte in der Geschichte ein starkes und teilweise sehr widersprüchliches Echo. Er schrieb:

Уже давно между собою	Seit langem liegen schon im Streite
Враждуют эти племена;	Die Stämme, einem Stamm verzweigt;
Не раз клонилась под грозою	Der Sieg hat bald nach ihrer Seite
То их, то наша сторона.	Und bald nach unsrer sich geneigt.
Кто устоит в неравном споре:	Wohin neigt schließlich sich die Waage:
Кичливый лях, иль верный росс?	Zu Polens Stolz, zu Russlands Ehr?

4 Bucharin, Nikolaj I.: Polacy i Rosjanie. Wzajemna percepcja. In: Białe plamy – czarne plamy. Sprawy trudne w polsko-rosyjskich stosunkach 1919–2008. Pod redakcją Adama Daniela Rotfelda i Anatolija Torkunowa. Warszawa 2010. (Im Folgenden: Białe plamy – czarne plamy). S. 751

Herausragende Bedeutung für das nationale Bewusstsein Polens erlangten die tragischen Erfahrungen aus der Zeit der Teilungen. Als nicht minder bedeutungsvoll erwiesen sich die Auseinandersetzungen mit dem östlichen Nachbarn um die territoriale Gestalt des polnischen Staates und seine Rolle in der Region nach der Wiedererlangung der staatlichen Selbstständigkeit im Jahre 1918 bis hin zum Rigaer Frieden 1921⁵. Und schließlich ist in diesem Zusammenhang auf den gesamten Fragenkomplex der sowjetisch-polnischen Beziehungen zwischen dem Vorabend des zweiten Weltkrieges und der Gestaltung der europäischen Nachkriegsordnung zu verweisen.

Es ist somit nicht verwunderlich, dass sich aus den historischen Erfahrungen heraus besonders im öffentlichen Bewusstsein (historischen Gedächtnis) in Polen stark russophobe Einstellungen verfestigt haben, die, falls von Politikern zur Durchsetzung ihrer spezifischen Ziele für zweckmäßig gehalten, mit Leichtigkeit in manipulativer Weise politisch instrumentalisiert werden können – und leider auch werden.

Ähnliches, wenn auch in weniger ausgeprägtem Maße, gilt für Russland.

Die Erkenntnis, dass historisch bedingte Vorurteile ein schwerwiegendes Hindernis für die Entwicklung normaler, gegenseitig vorteilhafter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem polnischen Volk und den Völkern Russlands/der Sowjetunion sind, ist keineswegs neu. Seit den Anfängen der Existenz der Volksrepublik Polen wurde von Politikern beider Länder ein qualitativer Umschwung in den schwierigen Beziehungen proklamiert und angestrebt, leider auf ganz und gar inadäquate Weise, vor allem unter Überbetonung allein des anzustrebenden Zieles, ohne die Hindernisse dahin im Einzelnen zu analysieren und deren schrittweise Überwindung zu versuchen. Halbherzigkeit und als Selbstverständlichkeit vorausgesetztes „gerechtfertigtes“ Großmachtverhalten der sowjetischen Seite erschwerten dies zusätzlich. Ausdruck dessen war u.a. eine völlig unterschiedliche Gewichtung der staatlichen Interessen beider Partner. Zaghafte, in Polen mit Aufmerksamkeit und breiter Zustimmung aufgenommenen Versuchen Władysław Gomułkas, im und nach dem Herbst 1956 diesen Zustand zu verändern, führten nur zu bescheidenen Erfolgen. Die sowjetische Führung zeigte keinerlei Bereitschaft, darauf zu verzichten, ihre Sicht auf die Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen als die auch für Polen verbindliche durchzusetzen und komplizierte Probleme entweder mit Schweigen zu übergehen oder ver-

5 Vgl. dazu ausführlicher Mehls, Eckart: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 3 (2). Leipzig. 2001. S. 79-103

fälscht darzustellen. Die daraus resultierenden „weißen Flecken“⁶ erwiesen sich, besonders unter dem zunehmenden Druck der Opposition in den 80er Jahren, für die polnische Führung als ein die ohnehin tiefe politische Krise zunehmend verschärfendes Element. Intensive Versuche gegen Mitte der 80er Jahre, auf diesem Gebiet mit der sowjetischen Führung unter Michail Gorbatschow zu Lösungen zu kommen, trafen auf eine zunächst völlig ablehnende Haltung. Nach mehrmaligem Anlauf gelang es dem Ersten Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), General Wojciech Jaruzelski, erst bei seinem Besuch in Moskau im April 1987 (anlässlich des 42. Jahrestages der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Bündnisvertrages vom 21.4.1945) einen Durchbruch zu erzielen. In der die Ergebnisse der Beratungen zusammenfassenden „Deklaration über die polnisch-sowjetische Zusammenarbeit auf den Gebieten der Ideologie, Wissenschaft und Kultur“ vom 21.4.1987 heißt es dazu u. a.:

„Die PVAP und die KPdSU messen gemeinsamen Forschungen über die Geschichte der Beziehungen zwischen unseren Ländern, Parteien und Völkern eine große Bedeutung zu. In ihr darf es keine „weißen Flecken“ geben. Die seit undenklichen Zeiten bestehenden Verbindungen der Völker Polens und Russlands erfordern eine gründliche Bewertung. Alle Episoden, darunter auch die dramatischen, müssen einer objektiven und präzisen Interpretation unterzogen werden, ausgehend von einer marxistisch-leninistischen Position, in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Wissensstand. Vor allem muss dem Gerechtigkeit widerfahren, was die Freundschaft zwischen unseren Parteien und Völkern kräftigte, zu verurteilen ist alles, was ihr Schaden zufügte.

Die Geschichte darf nicht Gegenstand ideologischer Spekulationen oder Vorwand für das Entfachen nationalistischer Leidenschaften sein. In dieser Art der Betrachtung lassen wir uns von unserer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft, für die weitere Entwicklung der polnisch-sowjetischen Beziehungen leiten.“⁷

6 Prof. Jarema Maciszewski, der Leiter der polnischen Sektion der 1987 gebildeten sowjetisch-polnischen Historikerkommission zur Aufklärung der weißen Flecken in der Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen, definierte diesen Begriff in einer Rede vor dem Sejm der VRP im März 1988 wie folgt: „Unter dem Begriff »weiße Flecken« verstehe ich jene Bereiche der Geschichte, die entweder verfälscht oder verschwiegen wurden oder aber Bereiche authentischer Unkenntnis sind.“ Zit. nach: Kowal, Paweł: Jak powiedzieć o Katyniu. In: *Polityka* 14 (2750) v. 3.4.2010. S. 82-85 (Historia). <http://archiwum.polityka.pl/art/jak-to-powiedziec,427565.html>; D 110824.

7 Deklaracja o polsko-radzieckiej współpracy w dziedzinie ideologii, nauki i kultury. Moskwa, 21 kwietnia 1987 r. In.: *Polska w stosunkach międzynarodowych 1945–1989. Wybór dokumentów. Wybór i opracowanie Justyna Zajac*. Warszawa 2005. S. 118.

Einer der wichtigsten Schritte zur Umsetzung dieser Deklaration (in der meines Wissens erstmalig von den führenden Staatsmännern der UdSSR und der VRP gemeinsam der Begriff „weiße Flecken“ gebraucht wurde) war die Bildung einer von der KPdSU und der PVAP getragenen gemischten polnisch-sowjetischen Kommission zur Aufklärung der weißen Flecken in der Geschichte der polnisch-sowjetischen Beziehungen. Die Leitung wurde seitens der KPdSU dem Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Prof. Georgij Smirnow, seitens der PVAP dem Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der PVAP, Prof. Jarema Maciszewski, übertragen. Zur Arbeit dieser von beiden Seiten hochrangig besetzten Kommission und deren Ergebnissen, nach meinem Überblick ein sowohl in der polnischen als auch in der russischen Historiographie völlig zu Unrecht fast total unterbelichtetes Thema, muss ich mich hier leider auf nur wenige Bemerkungen beschränken. Von beiden Seiten wurde ernsthaft gearbeitet, in mehreren gemeinsamen Sitzungen auch zu vielen der „weißen Flecke“ weitgehende Übereinstimmung erzielt, aber schließlich scheiterte der angestrebte Erfolg daran, dass sich die sowjetische Seite nicht bereit fand, in der Frage des Katyn-Verbrechens die offizielle Position der politischen Führung der UdSSR in Frage zu stellen oder gar zu verlassen, obwohl namhafte sowjetische Historiker, ganz abgesehen von Publizisten, zu dieser Zeit bereits eine andere Haltung erkennen ließen. In der Kommission verweigerte die sowjetische Seite schlechtweg den Dialog über Katyn, obwohl sicher nicht nur der polnischen Seite bewusst war, dass die „Tragödie von Katyn“ und der sowjetische Umgang mit diesem Geschehen das eigentliche Schlüsselproblem, das einer Lösung bedurfte, war. Das Mitglied des Politbüros der PVAP, der Historiker Marian Orzechowski, sagte dazu in einem Gespräch mit dem sowjetischen Publizisten Leonid Počuwalov im Jahr 1988, in dem er übrigens die zu der Zeit bereits viel zitierten „weißen Flecken“ als in Wirklichkeit „schwarze Flecken“ charakterisierte: „Der tragischste dieser Flecken ist jedoch Katyn. Als Pole, der die Stimmung seines Volkes kennt, halte ich dies für eine Schlüsselfrage. Wenn wir sie nicht aufklären, verliert die Aufklärung anderer »weißer Flecken« jeden Sinn.“⁸ Hierin ist auch die Ursache dafür zu sehen, dass die sehr intensive Arbeit der genannten Kommission zu keinen abschließenden gemeinsamen Ergebnissen führte. Erst am 14.4.1990, nachdem in Polen bereits der politische Umbruch im Ergebnis des „Runden Tisches“

8 Pocziwałow, Leonid: Polacy i my. Narzuciliśmy stalinizm, narzuciliśmy breżniewszczyzną...In: Polityka. Nr. 15 (1667). 15.4.1989. S. 13

vollzogen war, erklärte die Führung der UdSSR über eine TASS-Verlautbarung, „dass für die Verbrechen im Wald von Katyn direkt verantwortlich Berija, Merkulow und deren Helfershelfer waren. Die sowjetische Seite erklärt ihre tiefe Anteilnahme im Zusammenhang mit der Tragödie von Katyn und stellt fest, dass es sich um eines der schweren Verbrechen des Stalinismus handelt“.⁹ Etwa gleichzeitig publizierte der Vorsitzende der polnischen Sektion, Jarema Maciszewski, die wesentlichen Ergebnisse der Arbeit seiner Sektion der gemeinsamen Kommission, die ihre Arbeit eingestellt hatte.¹⁰

Erst über ein Jahrzehnt später (2002) wurde erneut zwischen den Staatsführungen Polens und Russlands „beschlossen, einen in der Praxis der internationalen Kontakte ungewöhnlichen Mechanismus zu schaffen – eine »Gruppe zu schwierigen sich aus der Geschichte der polnisch-russländischen Beziehungen ergebenden Problemen«¹¹ (Grupa do Spraw Trudnych wynikających z historii relacji polsko-rosyjskich bzw. Группа по сложным вопросам, вытекающим из истории российско-польских отношений).¹²

Diese konstituierte sich 2005. Danach fand nur eine weitere Sitzung statt, die Resultate waren mehr als bescheiden. Zu den Ursachen dafür gehören zweifellos die politischen Spannungen, die gerade in dieser Zeit in den Beziehungen zwischen Polen und Russland auftraten. Etwas konkreter gesagt: der Wahlsieg der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość - PiS) der Brüder Jarosław und Lech Kaczyński und ihrer Koalitionspartner im Herbst 2005 veränderte die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit, nämlich den Willen und die Bereitschaft zur Entkrampfung und Gesundung der polnisch-russländischen Beziehungen, grundlegend.

Einen neuen Anlauf unternahmen die Ministerpräsidenten beider Staaten – der aus den Wahlen Ende 2007 als Sieger hervorgegangene Donald Tusk und Wladimir Putin – 2008 mit der Neuformierung der Gruppe. Zu Ko-Vorsitzenden der Gruppe wurden von polnischer Seite Prof. Adam Rotfeld, ehemaliger Außenminister der Republik Polen, und von russischer Seite Prof. Anatolij Torkunow, Rektor der Moskauer Universität für Internationale Beziehungen, ernannt.

9 Zit. aus Kaiser Gerd: Katyn. Das Staatsverbrechen - das Staatsgeheimnis. Berlin 2002. S. 371 f. (Dok. Nr. 97 des Dokumentenanhangs).

10 Jarema Maciszewski: Zbrodnia katyńska. Z prac polskiej części wspólnej Komisji Partyjnych Historyków Polski i ZSRR. Warszawa 1990.

11 Białe plamy-czarne plamy. S. 12

12 Im Folgenden wird anstelle der exakten vollständigen Bezeichnung von mir lediglich der Begriff „Die Gruppe...“ verwandt.

In 6 gemeinsamen Sitzungen, über deren Ergebnisse die Außenministerien beider Länder offizielle Communiqués¹³ veröffentlichten, wurde eine sehr intensive und konstruktive Arbeit geleistet.

Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Gruppe wurden von den beiden Ko-Vorsitzenden u. a. wie folgt beschrieben: „Wir strebten nicht die Formulierung neuer Thesen oder neuer Entdeckungen im Bereich des historischen Wissens oder auch der richtigen Einschätzung unserer Vergangenheit an. Um es amtssprachlich zu formulieren – wir inventarisierten und systematisierten das, wozu andere Forscher bereits gelangt waren. Dieses Herangehen führte zu überraschenden Resultaten: es zeigte sich, dass es in Wirklichkeit nicht so sehr viele Widersprüche oder wesentliche Differenzen im Herangehen an die Fakten gab. Hingegen gab es mehr Emotionen. Sie ergaben sich aus Mangel an Bereitschaft oder auch Willen zum Zuhören, oder mehr noch zum Sich-Hineinversetzen in das, was die andere Seite zu sagen hatte.“ Und etwas weiter: „Die Mitglieder der Gruppe... waren der Meinung, dass die sich aus der Geschichte ergebenden schwierigen Probleme nicht zum Gegenstand des politischen Spiels werden dürften und von den Politikern und Forschern Mut und Verantwortung in der Forschung und bei der Suche nach Lösungen erfordern. Insbesondere bezieht sich dies auf die Notwendigkeit einer eindeutigen Klärung aller Umstände und vielfältiger Aspekte des Katyn-Verbrechens sowie das Fällen diesbezüglicher politischer Entscheidungen.“¹⁴

Die erzielten Ergebnisse der so angelegten Arbeit der Gruppe sind beeindruckend. Neben bzw. im Zusammenhang mit den regulären Tagungen der Gruppe wurde eine Reihe von wissenschaftlichen Veranstaltungen durchgeführt, deren Ergebnisse unmittelbar in die Arbeit der Gruppe einfließen. Von großer Bedeutung war die politisch sehr hohe Anbindung der Gruppe (Veröffentlichung der Communiqués über die einzelnen Tagungen durch die Außenministerien beider Länder, regelmäßig Empfang durch führende Politiker, weitgehende Unterstützung durch Regierungsstellen hinsichtlich des Zugangs zu Akten usw.).

Besonders erwähnenswert sind zwei in der Zwischenzeit von der Öffentlichkeit in beiden Ländern mit Aufmerksamkeit aufgenommene Buchpublikationen, jeweils in einer russischen und polnischen Fassung: das 2009 aus seinerzeit aktuellem Anlass erschienene Buch „Die Krise des Jahres 1939 in Interpretationen russischer und polnischer Historiker“¹⁵ und der bereits ge-

13 Der Wortlaut der Communiqués ist in den Anhang des Buches „Białe plamy-czarne plamy“ (S. 879-885) aufgenommen worden.

14 So in der Einleitung zu: Białe plamy – czarne plamy. S. 15

15 Kryzys 1939 roku w interpretacjach polskich i rosyjskich historyków. Pod red. Sławomira Dębskiego i Michała Narinskiego. Warszawa 2009.

nannte, Ende 2010 erschienene, fast 1000 Seiten starke Band „Weiße Flecken – Schwarze Flecken. Schwierige Probleme in den polnisch-russländischen Beziehungen (1918–2008)“.

Beide Bücher folgen der gleichen Systematik der Darstellung: zu jedem der ausgewählten Problemkreise (6 bzw. 16 in den beiden genannten Publikationen) äußert sich je ein polnischer und ein russischer Autor. Jeder von ihnen legt, ohne auf den Autor aus dem anderen Land einzugehen oder gar mit ihm direkt zu polemisieren, seine Sicht der Dinge (meist mit einem kurzen Blick auf den aktuellen Forschungsstand zu dem behandelten Problem im eigenen Land) dar. Dass die einzelnen Beiträge somit von der Anlage, der Methodologie und der Aussagekraft von Wertungen sehr unterschiedlich sind, ist nicht überraschend. Dabei ist der im Vorwort zur polnischen Ausgabe von Prof. Rotfeld gegebenen Einschätzung, dass allen Autoren „das Bemühen um eine redliche und ehrliche Darstellung der historischen Wahrheit auf dem zur Zeit der Erarbeitung der Beiträge zugänglichen Niveau der Quellenkenntnis“ gemeinsam war¹⁶, im Wesentlichen zuzustimmen. Hinzuzufügen wäre allerdings, dass sich aus der Gesamtheit der vorgelegten Darstellungen, bei aller Wertschätzung der zumeist offenkundigen Bemühungen um Objektivität und Sachlichkeit, doch letztendlich der Eindruck ergibt, als wären die sog. weißen Flecken einzig und allein oder vorwiegend einer Seite der Partner anzulasten. Und wenn auch unbestritten ist, dass sich im Vergleich beider Partner in dieser Beziehung die Waage sehr eindeutig in Richtung Russland/Sowjetunion neigen würde, so entspräche doch ein einseitiges Opfer-Täter-Bild, um einen in der vorliegenden Publikation mehrfach benutzten Ausdruck zu benutzen, nicht der doch sehr viel komplizierteren Realität.¹⁷

Die „Gruppe...“ beschloss, sich in ihrer Arbeit auf den Zeitraum 1918-2008 zu konzentrieren und insgesamt 14 Themen, denen je ein polnischer und russischer Beitrag gewidmet ist, unter dem Oberbegriff der „schwierigen Angelegenheiten“ zu behandeln. Ergänzend werden in zwei Kapiteln Überblicke über die archivalische Situation und über die gegenwärtige Historiographie in beiden Ländern gegeben.

16 Biale plamy-czarne plamy. S. 10

17 In dem bereits erwähnten Gespräch Počuvalov-Orzechowski (siehe Anm. 8) erklärte Letzterer dazu u.a. im Zusammenhang damit, dass sich aus dem Erbe der gemeinsamen Vergangenheit ergebende „weiße Flecken“ nicht einseitig der UdSSR als Rechnung präsentiert werden könnten, alles habe zwei Seiten, „auch in unserer, der polnischen Geschichte der Beziehungen zu Russland gibt es nicht wenige weiße Flecken“.

Ohne auf die getroffenen Aussagen im Einzelnen hier eingehen zu können, seien wenigstens die behandelten Problemkreise (Kapitel) genannt. Es handelt sich um:

1. Die Anfänge: Die polnisch-russländischen Beziehungen in den Jahren 1917-1921
2. Die Zwanziger Jahre, die Dreißiger Jahre: Polen und die UdSSR an der Wende der 20er und 30er Jahre des XX. Jahrhunderts
3. Die Genesis des zweiten Weltkrieges: Die Ursachen des II. Weltkrieges. Polen, die UdSSR und die Krise des Versailler Systems
4. Polen zwischen der UdSSR und Deutschland (1939-1941): Die Invasion der Roten Armee. Die IV. Teilung Polens
5. Das Verbrechen von Katyn: Der Prozess der Aufdeckung der Wahrheit und das Gedenken der Opfer
6. Die Zeit des Krieges (1941-1945): Die Politik und ihre Folgen
7. Die Nachkriegsdekade (1945-1955): Sieg und Versklavung
8. „Tauwetter“: Das Jahr 1956 – der XX. Parteitag. Der Polnische Oktober
9. Der Weg zur Freiheit: Die Anbahnung des Weges zur Freiheit im Bereich der Kultur
10. Der Kriegszustand und die Führung der UdSSR: Moskau und die „polnische Krise“ 1980-1981
11. Die Erringung der Freiheit und Unabhängigkeit: Die Transformation in Polen und Russland – Unterschiede und Übereinstimmungen
12. Hilfe oder Ausbeutung?: Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und der UdSSR
13. Russland und das souveräne Polen: Die politischen Beziehungen zwischen Polen und Russland nach 1990
14. Kontinuität und Wandel: Polen und Russen. Die gegenseitige Wahrnehmung

Wie bereits weiter oben angedeutet, gibt es im Verhalten gegenüber den Fakten in den nebeneinander gestellten Beiträgen der polnischen und russischen Autoren kaum Widersprüche oder gegensätzliche Positionen. Dies zu betonen sollte eigentlich nicht erforderlich sein, aber angesichts des Umgangs der russischen (sowjetischen) Seite mit dem Verbrechen von Katyn, der sich erst in jüngster Zeit grundlegend gewandelt hat, ist diese eigentliche Selbstverständlichkeit doch ausdrücklich erwähnenswert.

Ganz anders sieht es hingegen mit Wertungen und Interpretationen aus. Hier zeigen sich neben weitgehenden Übereinstimmungen auch nicht wenige, teilweise sehr erhebliche Unterschiede. Sie einzeln zu betrachten soll hier

ausgespart werden. Genannt seien nur die aus meiner Sicht wichtigsten Probleme, bei denen noch gravierende Unterschiede festzustellen sind.

Es handelt sich insbesondere um die folgenden:

- der polnisch-sowjetrussische Krieg 1919-1921;
- die Vorgeschichte des II. Weltkriegs (nicht nur der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt!);
- das Verhältnis UdSSR – polnische Exilregierung bzw. Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung (Lubliner Komitee);
- in diesem Zusammenhang auch insbesondere der Warschauer Aufstand 1944;
- Jalta und das „Neue Polen“;
- der Charakter der Staatenbeziehungen UdSSR-Volksrepublik Polen, darunter nicht zuletzt Fragen der Wirtschaftsbeziehungen;
- die Haltung der UdSSR zu den Ereignissen in Polen ab Beginn der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts, besonders zum „Kriegszustand“.

Wenn in dieser Aufzählung Katyn nicht enthalten ist, so hat das eine sehr reale Grundlage. Es gibt in der Tat eine weitgehende Übereinstimmung in den polnischen und russischen Bewertungen (und dies sowohl im Bereich der Wissenschaften als auch in gewissem Sinne auf der politischen Ebene) – mit eigentlich nur einer Ausnahme, um die allerdings eine sehr heftige Auseinandersetzung geführt wird: die in weiten Kreisen Polens erhobene Forderung, das Verbrechen von Katyn unter den völkerrechtlichen Tatbestand des „Völkermords“ zu subsumieren.¹⁸

Hinsichtlich der meisten der anderen genannten Komplexe sieht die Interpretation bzw. Bewertung des jeweiligen historischen Geschehens, seiner kausalen Zusammenhänge, der den konkreten geschichtlichen Abläufen und in ihnen getroffenen politischen Entscheidungen zugrundeliegenden Motivationen, um nur einige Seiten zu nennen, deutlich anders aus. Es ist nicht zu übersehen, dass aus jeweils aktuellen politischen Sichten resultierende Einschätzungen in die „wissenschaftliche“ Bewertung Eingang gefunden haben. Dabei kommt es nicht selten auch zu polemischen Überhöhungen und zur Überfrachtung des objektiven Tatsachenmaterials mit Mythen und Legenden,

18 Vgl. dazu: Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 9 kwietnia 2010 r. upamiętniająca 70. rocznicę zbrodni katyńskiej. http://orka.sejm.gov.pl/proc6.nsf/uchwaly/2943_u.htm; D 110819; Заявление Государственной Думы РФ „О Katyнской трагедии и ее жертвах“ v. 26.11.2010. <http://polit.ru/article/2010/11/26/katyn/>; Dlaczego zbrodnia katyńska nie jest ludobójstwem . Gazeta Wyborcza.11.04.2011http://wyborcza.pl/1,75478,9411990,Dlaczego_zbrodnia_katynska_nie_jest_ludobojstwem.html; D 110411

politisch einseitigen, die in den jeweiligen geschichtlichen Abläufen und Auseinandersetzungen agierende Gegenseite herabwürdigenden Wertungen – und das auf beiden Seiten der in der „Gruppe...“ zusammenwirkenden Partner. Dies allerdings quantitativ aussagekräftig erfassen zu wollen, würde jedoch eine gesonderte und sehr detaillierte Analyse erfordern. Auf jeden Fall aber wird deutlich, dass es angesichts der offenkundig bestehenden Unterschiede noch ein sehr weiter Weg ist, um auch für die polnisch-russländische Partnerschaft zu so einem ehrgeizigen Projekt zu kommen, wie es in der Nachfolge der Arbeit der gemeinsamen polnisch-deutschen Schulbuchkommission gegenwärtig als Manuskript eines gemeinsamen polnisch-deutschen Geschichtslehrbuchs vorliegt. Der Grad der Unterschiede bzw. Gegensätze, auch das sei vermerkt, ist allerdings sehr verschieden.

Ein Beispiel für eine fast schon extrem gegensätzliche Bewertung sind die Darstellungen des polnischen Autors Wojciech Materski und der russischen Autorin Valentina Parsadanova zur Entstehung, Rolle und den Ergebnissen des Wirkens der 1943 auf Initiative des Bundes Polnischer Patrioten in der Sowjetunion gebildeten Polnischen Streitkräfte, der sog. Berling-Armee.

Materski verweist, die politischen Hintergründe fast nur nebenbei behandelnd, auf den Beschluss der sowjetischen Führung vom Mai 1943 zur erneuten Bildung polnischer bewaffneter Einheiten zum Kampf gegen den deutschen Aggressor. Sein Blickwinkel fokussiert sich auf die in jeder Hinsicht (politisch, organisatorisch und operativ) gegebene sowjetische Oberhoheit. Den ersten Fronteinsatz der Kościuszko-Division im Oktober 1943 im Rahmen der den Hauptstoß der sowjetischen Herbstoffensive in Belorussland führenden 33. Armee, der zu hohen Verlusten der erstmals eingesetzten polnischen Einheit führte (ca. 25 % ihres Bestandes), kommentiert der Autor wie folgt:

„Das Ausbluten der Kościuszkos bei Lenino zeigte alle Züge einer gezielten Unternehmung. Denn es ist nur schwer vorstellbar – unabhängig von der unterlassenen Information der Führung der Division über den wirklichen Charakter der ihr übertragenen Aufgabe – dass eine solche Anhäufung grober, geradezu verbrecherischer Fehler in der Führung auf der höchsten operativen Führungsebene eine Frage des Zufalls sein konnte. Die kolossalen Verluste der I. Infanteriedivision erwiesen sich für Stalin in Teheran als gewichtiges Argument für die Begründung seiner These über die bedeutende Rolle des Bundes Polnischer Patrioten und seines „bewaffneten Armes“, der – im Unterschied zu der aus der UdSSR abgezogenen Anders-Armee – nicht Blut sparte für den gemeinsamen Sieg der Vereinten Nationen.

Im März 1944 wurde das Erste Korps umgebildet in die Polnische Armee in der UdSSR, operativ unterstellt der Führung der I. Belorussischen Front. Sie befand sich in der zweiten Staffel der Front in Wolhynien, keinerlei offensive Aufgaben erhaltend. In den folgenden Monaten wurde eine intensive Ausbildung durchgeführt, vor allem eine ideologische. Diese Armee wurde, zusammen mit der im Lande wirkenden Armia Ludowa, Grundlage der im Juli 1944 gebildeten Polnischen (Volks) Armee.¹⁹

Zum gleichen Gegenstand geht Parsadanova sehr detailliert auf die politische Vorgeschichte und die Bildung der Polnischen Streitkräfte in der UdSSR (Berling-Armee) und deren teils sehr opferreiche Kämpfe an der Seite der Roten Armee ein. Über die Kämpfe bei Lenino hinaus skizziert sie die wichtigsten Stationen der Kämpfe der Berling-Armee, der Ende 1944 285.000 Soldaten und Offiziere angehörten, von denen 182.000 im unmittelbaren Fronteinsatz waren. Nach aktiven und verlustreichen Kampfhandlungen im Rahmen der sowjetischen Offensive im Frühjahr 1945 (Kołobrzeg, Pommernwall) seien polnische Einheiten schließlich auch in der erfolgreichen Berliner Operation eingesetzt, eine polnische Siegesflagge von ihnen in Berlin gehisst worden. Die Teilnahme eines Regiments der Polnischen Armee an der Siegesparade in Moskau am 24.6.1945 sei als eine hohe Würdigung des opferreichen Kampfweges von Lenino bis Berlin und des Anteils polnischer Soldaten an der Niederringung des deutschen Faschismus zu werten.

Zu den bis in die Gegenwart anhaltenden scharfen Auseinandersetzungen um die Rolle des polnischen Anteils am Sieg über den deutschen Aggressor äußert sich Parsadanova, gewiss sehr unausgewogen und polemisch, wie folgt: „In Polen begann eine Propagandakampagne zur Verfälschung des Geschehens von Lenino und zur Diskreditierung der sowjetischen Formationen sowie der unter der Führung von General Berling kämpfenden Soldaten; diese Kampagne griffen die polnischen reaktionären Kräfte auf. Leider verstummt sie bis heute nicht. Den Soldaten, die kämpfend die polnischen Fahnen nach Warschau und Berlin trugen, wird die Einnahme eines Klosters in Italien, fernab von Polen, entgegengestellt – fast der einzige Kampfserfolg der Einheiten unter General Anders, die bis nach Bologna kamen“²⁰.

Es könnten viele weitere Beispiele für noch bestehende, teils gravierende, Unterschiede in den Wertungen angeführt werden – dies würde jedoch den hier gegebenen Rahmen völlig sprengen. Daher nur noch eine Bemerkung. In

19 Materski, Wojciech: Polityka a jej skutki. In: Białe plamy-czarne plamy. S. 375

20 Parsadanova, Valentina S.: Polityka i jej skutki. In: Białe plamy-czarne plamy. S. 398-400

der gegenwärtig in Polen dominierenden Sicht, die auch in die entsprechenden polnischen Beiträge in der vorliegenden Publikation Eingang gefunden hat, wird grundsätzlich die These vertreten, dass es eine von relevanten politischen Kräften Polens getragene Bereitschaft zur prinzipiellen Abkehr von den Verhältnissen der II. Republik und damit eine Zustimmung im Lande für den Reform- und Umgestaltungskurs der Programmatik des Lubliner Komitees nicht gegeben habe²¹. Dies korrespondiert mit der bis in die Gegenwart stark verbreiteten (und in sich widersprüchlichen) Position, dass nur einer politischen Einheit, die im Wesentlichen sowohl unter den Gesichtspunkten der territorialen Gestalt und ihrer konstitutionellen Verfasstheit mit der Polnischen Republik der Zwischenkriegszeit (gemeinhin als II. Republik bezeichnet) die Qualität eigenständig polnischer Staatlichkeit zuerkannt werden könne (womit die Zeit der Existenz der Volksrepublik Polen als eines von Moskau abhängigen und gesteuerten Geschöpfes quasi aus der Geschichte eines polnischen Staatswesens entsorgt wäre).²²

Auf die Frage (die schon gar nicht mehr gestellt wird), worauf es dann zurückzuführen wäre, dass zum Zeitpunkt der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, den Hauptträgern (aber keineswegs nur den einzigen!) des Kurses der Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Polen, 1948 ca. 1,5 Millionen Mitglieder angehörten, wird eine Antwort nicht gegeben.

Es bleibt die Frage, was Wissenschaftler, in erster Linie Historiker, und deren Zusammenarbeit in einer solchen Gruppe zur Entkrampfung der Staaten- und Völkerbeziehungen zu leisten vermögen und welche Empfehlungen bzw. Schlussfolgerungen von der „Gruppe...“ selbst erarbeitet wurden. Voranstellen möchte ich dem den in seiner Begrüßungsrede anlässlich des Emp-

21 Es ist in diesem Zusammenhang z. B. darauf hinzuweisen, dass selbst in dem Aufruf des Vorsitzenden des „Rates der Nationalen Einheit“ (der konspirativen Vertretung von mit dem Londoner Lager verbundenen Parteien und politischen Gruppierungen) vom 26. 7.1944 von Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung eines künftigen polnischen Staates die Rede ist, die fast vollständig mit den Positionen des Komitees der Nationalen Befreiung vom 22.7.1944 übereinstimmen, z. B. eine Verfassung in Übereinstimmung mit dem Volkswillen, eine Wahlordnung, die eine echte Widerspiegelung des Wählerwillens ermöglicht, eine Bodenreform durch Enteignung der landwirtschaftlichen Betriebe von mehr als 50 ha und Lenkung der überschüssigen ländlichen Bevölkerung zur Arbeit in Industrie und Handwerk, Vergesellschaftlichung der Schlüsselindustrie, Garantie von Arbeit und ausreichenden Lebensbedingungen für alle, gerechte Verteilung des Volkseinkommens und Zugang aller zu Kultur und Bildung. In vorhergehenden Dokumenten wurde bereits die Planwirtschaft als politisches Ziel deklariert.

22 Vgl. dazu Mehls, Eckart: „Für Polen ist der 9. Mai kein »Tag des Sieges«“. Polnische Sichten auf die Befreiung Polens von der hitlerfaschistischen Okkupation. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 12. Leipzig 2011. S.237-257.

fangs der „Gruppe...“ bei ihrem zweiten Treffen in Moskau (27./28.10.2008) vom russischen Außenminister Lawrow an seine Zuhörer gerichteten Appell, entsprechend ihren Möglichkeiten zur Entpolitisierung des Umgangs mit der Geschichte beizutragen. „Der Verlauf der Geschichte lehrt“, sagte er u. a., „dass ein oberflächlicher oder sogar – was noch schlimmer ist – ein offensichtlich spekulativer Umgang mit der Vergangenheit zur Grundlage neuer politischer Mythen wird, die die Atmosphäre der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern vergiften.“²³ So richtig und wichtig dieser an die Historiker gerichtete Appell ist, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die verbreitete Praxis eines derartigen Umgangs mit der Vergangenheit zu überwinden, so schwer ist es, dies zu realisieren. Verfestigte Traditionen, das Eingebundensein in das jeweilige „nationale Gedächtnis“, politische Bindungen und weltanschauliche Positionen, ganz abgesehen von übernommenen und erworbenen methodologischen/handwerklichen Gewohnheiten und Fähigkeiten sind auch Historikern nicht fremd. Und insofern ist das Streben nach gemeinsamem Herangehen an die Erforschung und Bewertung, nach gegenseitigem Kennenlernen der Positionen (und deren Hintergründen) der jeweiligen Partner, die aufrechte Bereitschaft zum Zuhören und Verstehen, wie es sich in der Tätigkeit der „Gruppe...“ zeigte und entwickelt hat, ein bemerkenswerter Fortschritt – wenn auch noch ein langer und schwieriger Weg zum Ziel der Entideologisierung, Entemotionalisierung und Objektivierung der Geschichtsbetrachtung zu gehen sein wird. Aber jeder lange Weg beginnt mit den ersten Schritten – und die sind offenbar getan.

Aber ungeachtet dessen, und das ergibt sich auch aus der von Rotfeld und Torkunow gemeinsam geschriebenen Einführung, verbleibt der Eindruck einer gewissen Ratlosigkeit nach dem Abschluss der gemeinsamen Arbeit. Empfehlungen und Schlussfolgerungen verbleiben im Wesentlichen allgemein und unverbindlich. Vielleicht mit zwei bemerkenswerten Ausnahmen.

Nach der dritten Sitzung wandten sich die Ko-Vorsitzenden der „Gruppe...“ mit einem Brief vom 22.6.2009 an die Außenminister Polens und Russlands, in dem sie ihre Dankbarkeit für die der Gruppe erwiesene allseitige Hilfe ausdrücken. Zu einem der kompliziertesten geschichtlichen Probleme der polnisch-russländischen Beziehungen, dem Katyn-Problem, drückten sie in diesem Brief ihre Besorgnis aus, dass angesichts der seinerzeit bevorstehenden Jahrestage des Ausbruch des II. Weltkrieges und des Verbrechens von

23 Zit. nach Rotfeld, Adam D./Torkunow, Anatolij W.: Poszukiwanie prawdy. In: Białe plamy-czarne plamy. S. 16

Katyn erneut negative Emotionen im Zusammenhang mit historischen Geschehnissen die Beziehungen zwischen den beiden Staaten stark belasten könnten. Sie empfahlen weitere Schritte zum gemeinsamen Gedenken an die Opfer und zur Ermöglichung eines ungehinderten Zugangs zu allen damit zusammenhängenden Dokumenten. „In der Meinung der Teilnehmer der Gruppe“, heißt es in dem Brief, „ist es eine wesentliche Aufgabe, den entsprechenden Bemühungen beider Seiten einen dauerhaften und institutionalisierten Charakter zu sichern sowie gemeinsam und endgültig das Problem des Verbrechens von Katyn von der Tagesordnung der bilateralen Beziehungen zu nehmen“.²⁴ Ihrerseits habe die Gruppe das in ihren Kräften Stehende getan und sei an die Grenzen ihrer Möglichkeiten geraten. Es folgen Vorschläge für in beiden Ländern zu sichernde Aktivitäten für die würdige Ausgestaltung der Bestattungsorte der Opfer, die Schaffung einer die Arbeit der Gruppe weiterführenden Institution (z. B. eines polnisch-russländischen Hauses der gemeinsamen Geschichte) und die Benennung staatlich Verantwortlicher für die Realisierung dieser Vorschläge.

Was die Vorschläge für die „weiterführende Institution“ betrifft, sind in der Zwischenzeit in beiden Ländern entsprechende Maßnahmen ergriffen worden. Am 25.3.2011 verabschiedete der Sejm der Republik Polen das „Gesetz über das Zentrum des polnisch-russländischen Dialoges und der Verständigung“²⁵, das inzwischen mit Sitz in Warschau gebildet wurde. In der Russischen Föderation sind die Vorbereitungen für die Schaffung eines entsprechenden Zentrums ebenfalls im Gange, der Leiter der Russischen Archivverwaltung (Rosarchiv), Andrej Artizov, ist vom Minister für Kultur der Russischen Föderation zum Beauftragten für Fragen des Zentrums des russländisch-polnischen Dialogs und der Verständigung ernannt worden. Als ein wichtiger erster Schritt der konkreten Zusammenarbeit wurde im Juni 2011 in Wrocław bereits ein Kongress zum Thema „Gesellschaft-Kultur-Massemedien“ durchgeführt, an dem bekannte Wissenschaftler, Kulturschaffende und Journalisten Polens und Russlands teilnahmen.²⁶

Zum Anderen gibt es auch im Bereich der Politik bemerkenswerte Entwicklungen hinsichtlich der von den Ko-Vorsitzenden der „Gruppe...“ vorgebrachten dringlichen Hinweise auf die Notwendigkeit einer Lösung des

24 Białe plamy-czarne plamy. S. 19

25 USTAWA z dnia 25 marca 2011 r. o Centrum Polsko-Rosyjskiego Dialogu i Porozumienia. Dz.U. 2011 nr 76 poz. 408. <http://isap.sejm.gov.pl/DetailsServlet?id=WDU20110760408>

26 Masterov, Valerij: Zapusk dialoga. In: Novaja Pol'sha 7-8(2011). <http://www.novpol.ru/index.php?id=1517>.

Problems Katyn für die grundlegende Verbesserung der Beziehungen. Im Vorfeld des 70. Jahrestages des Verbrechens von Katyn waren einige sehr bedeutsame Erscheinungen zu beobachten. Eine herausragende Rolle spielte die Tatsache, dass vom russischen Fernsehen der Film „Katyn“ von Andrzej Wajda gesendet wurde. Erstmals und mit nachhaltiger Wirkung wurde der breiten Öffentlichkeit in Russland in einer künstlerisch sehr anspruchsvollen Darstellung die volle Wahrheit über das vordem verschwiegene oder gar verfälschte Geschehen aus dem Jahre 1940 vor Augen geführt. Die gemeinsam von den Regierungschefs Polens und Russlands, Donald Tusk und Wladimir Putin, am 7.4.2010 in Katyn den Opfern des Stalinschen Verbrechens bezugte Ehrung, die inzwischen erfolgte Öffnung des Zugangs zu vorhandenen Dokumenten, die Übergabe umfangreicher diesbezüglicher Aktenbestände an die polnische Regierung und nicht zuletzt auch die gemeinsame Ehrung der Opfer Stalinschen Terrors durch die Präsidenten beider Länder an deren Gräbern in Katyn²⁷ haben wichtige Grundlagen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und Völkern geschaffen. Die von der überwiegenden Mehrheit der Öffentlichkeit in Polen mit großer Aufmerksamkeit verfolgte aufrechte Anteilnahme und Trauer in Russland im Zusammenhang mit der tragischen Flugzeugkatastrophe von Smolensk am 10.4.2010, der neben dem Präsidenten der Republik Polen eine Reihe hochrangiger Politiker, Militärs und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zum Opfer fielen, sind zweifellos wichtige Zeugnisse für den begonnenen Wandel in den Beziehungen, wozu die Arbeit der gemeinsamen Gruppe zu den schwierigen Beziehungen sicher nicht unwesentlich beigetragen hat. In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, dass sich in öffentlichen Stellungnahmen führender Politiker Russlands Nuancen feststellen lassen, die auf eine schrittweise Entemotionalisierung und Versachlichung hindeuten. Die in vorgenommenen Wertungen zunächst mehrfach hergestellte Verbindung bzw. Gegenüberstellung des Katyn-Verbrechens einerseits und des massenhaften Todes sowjetrussischer Rotarmisten in polnischen Kriegsgefangenenlagern während des polnisch-sowjetrussischen Krieges 1919-1921, z.B. im Brief Putins an die Polen anlässlich des 70. Jahrestages des Beginns des zweiten Weltkrieges²⁸ (in gewissen polnischen Publikationen als „Anti-Katyn“-

27 Vgl. Rana Katynia powoli się zabliznia. Gazeta Wyborcza .12.04.2011.

http://wyborcza.pl/1,90913,9417950,Rana_Katynia_powoli_sie_zabliznia.html

28 Stranicy istorii – povod dlja vzaimnyh pretenzij ili osnova dlja primirenija i partnerstva? Statja V.V.Putina v „Gazeta Vyborcza“ (Pol'sha). 31 avgusta 2009 g.

<http://www.premier.gov.ru/premier/press/world/4807/>; D 110830

Argumentation charakterisiert) verlor durch jüngere Erklärungen von Präsident Medvedev ohne einen solch relativierenden Vergleich an Bedeutung²⁹.

Es bleibt die Frage zu stellen, ob bzw. wie die Ergebnisse des Wirkens der Gruppe zu den schwierigen Problemen in der Geschichte der polnisch-russländischen Beziehungen nicht nur Anstöße gegeben haben für einen einsetzenden Wandel im öffentlichen Bewusstsein Polens und Russlands, sondern auch für das Wirken der in beiden Ländern speziell für die jeweilige Geschichtspolitik geschaffenen staatlichen Instrumentarien. Dies betrifft das in Polen geschaffene „Institut für das nationale Gedenken“ (Instytut Pamięci Narodowej – IPN) und die vom Präsidenten der Russischen Föderation berufene „Kommission für die Bekämpfung von Versuchen der Verfälschung der Geschichte zum Schaden der Interessen Russlands“ (Комиссия по противодействию попыткам фальсификации истории в ущерб интересам России). Zur letztgenannten Kommission ist wenig zu sagen. Seit ihrer Gründung im Mai 2009 haben, soviel der Öffentlichkeit bekannt wurde, 3 Sitzungen stattgefunden, die dazu veröffentlichten Kommuniqués sind wenig aussagekräftig.³⁰ Allerdings sind in jüngster Zeit in Russland eine Reihe von Publikationen erschienen, die ausdrücklich ihre Förderung durch besagte Kommission betonen, ohne dass dazu Einzelheiten genannt werden.

Etwas anders sieht es hinsichtlich des polnischen Instituts des nationalen Gedenkens (IPN) aus, das, insbesondere unter dem Einfluss der Kaczyński-Partei, umfangreiche, auf die Verbreitung von Positionen und Sichten auf die Geschichte im Sinne der offiziellen Geschichtspolitik gerichtete Aktivitäten entfaltet.³¹ Dagegen entwickelte sich in der polnischen Öffentlichkeit teils harsche Kritik, bis hin zur Charakterisierung des IPN als „Geschichtspolizei“³². In jüngster Zeit hingegen gibt es Anlass zu der Vermutung, dass sich in Anbetracht der Veränderungen in der geschichtspolitischen Großwetterlage, wie sie sich in Polen seit etwa 2 Jahren vollziehen, auch hinsichtlich des Selbstverständnisses des IPN und seiner Aufgaben gewisse Veränderungen andeuten. Dies ist zumindest aus einem der ersten Presseinterviews des am

29 Vgl. Gest pojednania. Gazezta Wyborcza. 12.4.2011.
http://wyborcza.pl/1,75477,9417916,Gest_pojednania.html

30 <http://state.kremlin.ru/commission/21/news; D 110831>

31 Dazu ausführlicher Mehls, Eckart: Geschichtspolitik in der Strategie der Gestaltung der „IV. Republik“ in Polen. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Band 9. Leipzig 2007. S. 279-313

32 So der bekannte polnische Publizist K.T.Toeplitz in: Nie dzwon, ale jednak dzwonek. In: Tygodnik Przegląd 12(2007).
<http://www.przegląd-tygodnik.pl/pl/artykul/nie-dzwon-ale-jednak-dzwonek; D 070322>

10.6.2011 gewählten neuen Leiters des IPN, Dr. Łukasz Kamiński, zu entnehmen, in dem er auf die Frage der Journalisten der „Gazeta Wyborcza“, ob es nicht schmerze, dass einer der sehr bekannten Oppositionellen aus der Zeit der VRP das IPN mit dem „Orwellschen Wahrheitsministerium“ verglichen habe³³, antwortete: „Es schmerzt. Obwohl wir uns selbst ironisch so nennen, und das seit Jahren. Seit der Jedwabne-Angelegenheit gibt es den beständigen Druck der Meinung, auch von Journalisten, dass das IPN schwierige historische Angelegenheiten eindeutig klären solle. Auch die staatliche Verwaltung wünscht zeitweilig, dass das IPN die amtliche Version der Wahrheit festlegt, aber das ist nicht immer möglich.“³⁴ Verbunden mit der Erklärung der Absicht, dass das IPN sich stärker nach außen öffnen und in den Dialog mit den Fachhistorikern im Hochschulbereich und anderen wissenschaftlichen Organisationen eintreten sollte, könnte dies auf eine stärkere Trennung von aktueller Politik und Geschichte schließen lassen, ganz im Sinne der Forderung der polnisch-russländischen Gruppe zu den schwierigen Problemen, die Geschichte von der Tagesordnung aktueller Politik zu nehmen.

Dass diesem Prozess der langsamen Überwindung von verfestigten Vorurteilen, Animositäten und teils offener Gegnerschaft sowohl in Russland als auch in Polen nicht nur am Rande entgegenzuwirken versucht wird, ist jedoch nicht zu übersehen.

So wird bekanntlich mit nicht geringem Aufwand in Russland seit längerer Zeit versucht, die alte sowjetische Version der Verantwortlichkeit der deutschen Seite für das Verbrechen von Katyn neu zu beleben bzw. am Leben zu erhalten. Der bis zu seinem plötzlichen Tode am 19.3.2011 der kommunistischen Fraktion der Staatsduma der Russischen Föderation angehörende Abgeordnete Prof. Viktor Iljuchin verbreitete seit dem Frühjahr des Jahres 2010 intensiv die Version, die inzwischen veröffentlichten Dokumente über die auf höchster Führungsebene der Sowjetunion im März 1940 getroffene Entscheidung über die Erschießung polnischer Offiziere seien, wie ihm von einem unbekanntem Manne mitgeteilt wurde, Fälschungen. Diese seien auf Geheiß des damaligen Präsidenten der Russischen Föderation, Boris Jelzyn, von Expertengruppen verschiedener Dienste gefertigt worden. Ziel dieser

33 Es handelt sich um den polnischen Journalisten Seweryn Blumsztajn, seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts in engem Zusammenwirken mit Jacek Kuroń in der sich herausbildenden antikommunistischen Opposition tätig, seit 1965 mehrfach inhaftiert, 1981 bis 1989 in der Emigration in Frankreich

34 Kamiński: Nie chcę kierować ministerstwem prawdy. In: Gazeta Wyborcza. 11.6.2011. http://wyborcza.pl/2029020,76498,9764496.html?sms_code=; D 110612

Aktion sei gewesen, so Iljuchin, Material für den Kampf gegen die in noch großer Zahl vorhandenen Träger und Anhänger der sozialistischen Ordnung der Sowjetunion in die Hand zu bekommen und die auf dieser Grundlage wirkende Opposition gegen Jelzyn zu diskreditieren. Sein letztes größeres Presseinterview am 3.12.2010 wurde unter dem Titel „Die Polen in Katyn wurden von den Deutschen erschossen“ veröffentlicht. In diesem Interview beschuldigte er u. a. den Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Medvedev, die Übergabe von gefälschten Dokumenten (es handelt sich bisher um über 80 Aktenbände) an die Republik Polen ohne vorherige Zustimmung der Staatsduma vorgenommen und damit seine Pflichten gröblichst verletzt zu haben. Hinzuzufügen wäre, dass Prof. Iljuchin (mehrfach Vorsitzender wichtiger Kommissionen der Staatsduma) keineswegs auf „verlorenem Posten“ kämpfte. Seit 1997 war er Vorsitzender der „Bewegung zur Unterstützung der Armee, der Verteidigungsindustrie und der Militärwissenschaften“ (der einige Hunderttausend Mitglieder angehören). Und ein Blick auf die russische Internet-Seite „Die Wahrheit über Katyn“ (Правда о Катыни)³⁵ mit den dort aufgeführten Publikationen belegt, dass es, wie auch aus Briefen Iljuchins an den Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Medvedev, sowie deren Ministerpräsidenten Vladimir Putin zu entnehmen ist, keineswegs nur kleine gesellschaftliche Randgruppen sind, die das Abgehen der russländischen Führung von der ursprünglichen sowjetischen Einschätzung der Katyn-Tragödie als Verrat an den nationalen Interessen und ein völlig unzulässiges Zurückweichen vor dem polnischen Standpunkt bewerten.

Auf der anderen Seite wirken in Polen nach wie vor einflussreiche politische Gruppierungen, die die bewusste Pflege und beständige Wiederbelebung russophober Stimmungen als bewährte und, wie sich zeigt, auch wirksame Instrumente im Kampf um politischen Einfluss und Machtpositionen im Staat skrupellos missbrauchen. Ungeachtet der polnischen und russländischen Bemühungen um die Normalisierung der bilateralen Beziehungen, u. a. durch das gemeinsame Wirken zur Eliminierung der sog. „weißen Flecke“ der Geschichte, ist vor allem die von Jarosław Kaczyński geführte Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) bestrebt, unter Rückgriff auf über lange Zeit im öffentlichen Bewusstsein Polens verfestigte antirussische Stimmungen die politischen Konkurrenten zu diskreditieren und deren Einfluss zurückzudrängen. Die gegenwärtig politisch dominierende „Bürgerplattform“ (PO) und insbesondere der von ihr gestellte Ministerpräsident

35 <http://katyn.ru/index.php>

Donald Tusk werden seit Jahren beständig mit Anklagen und Vorwürfen des Verrats nationaler Interessen und des Servilismus gegenüber dem Ausland, speziell gegenüber der Russischen Föderation überhäuft. Das Konstrukt einer landesverräterischen Verschwörung Tusk-Putin zur Ermordung des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński und eines Teils der echt patriotisch geprägten politischen Elite Polens durch die Flugzeugkatastrophe von Smolensk am 10.4.2010 ist gewissermaßen Kern einer in polnischen Medien häufig als „Polnisch-polnischer Krieg“ (Wojna polsko-polska) bezeichneten unerbittlichen politischen Auseinandersetzung, die von einflussreichen klerikalischen Kreisen (so z.B. des Medienkomplexes des Redemptoristen-Paters Rydzyk mit „Radio Maryja“, „TV Trwam“ und „Nasz Dziennik“ als Tageszeitung mit einer Auflage von etwa 150.000 Exemplaren) wirkungsvolle Unterstützung erhält.

Die Art und Weise, wie latent vorhandene Stereotype und traditionell russophobe Stimmungen auch und gerade in Wahlkampfzeiten zu mobilisieren versucht werden, sei nur an einem (von möglichen zahlreichen anderen) Beispiel illustriert. Beata Gosiewska, Witwe des bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk verunglückten Sejm-Abgeordneten Przemysław Gosiewski, in der polnischen Parlamentswahl am 9.10.2011 erfolgreiche Kandidatin der PiS für den Senat, erklärte im Verlauf ihres Wahlkampfes u. a.: „Ich habe keine Angst, das zu sagen: der polnische Präsident mit seiner ganzen Delegation wurde in den Tod geschickt. Die Regierung Tusk schickte den Präsidenten Kaczyński in den Tod. [...] Putin und Tusk spielen ein gemeinsames Spiel. Die ganze Zeit manipulieren sie uns. Putin dressiert Tusk und die polnische Regierung, und zu irgendeiner Zeit wird sich diese Dressur zeigen“³⁶. Die PiS hat, u. a. mit Positionen dieser Art, bekanntlich ca. 30 % der Wählerstimmen auf sich vereinigen können, in 5 Wojewodschaften, fast allen ostpolnischen, ging sie als Partei mit den meisten Wählerstimmen aus den Wahlen hervor – von einer extremen Randgruppe kann also keineswegs die Rede sein.

Lassen Sie mich abschließend auf die mit dem Blick auf die Arbeit und Ergebnisse der Gruppe zu den schwierigen Problemen der polnisch-russländischen Beziehungen zu stellende Frage zurückkommen, inwieweit die Tilgung weißer Flecken der Geschichte zur Lösung offenkundig bestehender Probleme beizutragen vermag.

Die „Gruppe ...“ hat zur Beantwortung dieser Frage m.E. wichtige Beiträge geleistet. Sie hat durch ihre intensive Arbeit und die erzielten Ergebnis-

36 http://wyborcza.pl/56,75402,10174617,Beata_Gosiewska,,3.html; D 110901

se einen sehr zu würdigenden Anteil daran, dass besagte weiße resp. schwarze Flecken in der Geschichte der Beziehungen Russland - Polen weitgehend beseitigt wurden und diese damit als Waffen politischer Kämpfe entschärft. Sie hat aber auch mit der etwas resignierenden Feststellung, dass sie ihrerseits „das in ihren Kräften Stehende“ getan habe, nun aber es darauf ankomme, die Geschichte von der Tagesordnung aktueller Politik zu nehmen, sowohl auf die Verantwortung der Wissenschaft, der politischen Überfrachtung ihres Gegenstandes zu entsagen, als auch der Politik, sich nicht der Geschichte als Instrument politischer Machtkämpfe zu bedienen, die Begrenztheit der Möglichkeiten der Wissenschaft zur Lösung allgemeiner gesellschaftlicher und politischer Probleme verdeutlicht. Aus der Pflicht, politische Probleme einer Lösung zuzuführen, kann die Politik nicht entlassen werden, so wenig wie die Wissenschaft aus ihrer Verantwortung entlassen werden kann, das Ihre an Angeboten für redlichen Umgang mit ihren Erkenntnissen bereitzustellen.